

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Pf. • Platzvorschriften ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S. 14, Markstraße Nr. 65. • Telefon-Nummern 4300 bis 4303. • Telegrammadresse: Mittelband Bochum.

Bergeht den Arbeiter nicht!

Zur bevorstehenden Reparationsregelung.

Die Diskussion über die bevorstehende Neuregelung der Reparationszahlungen Deutschlands an die Siegerstaaten des letzten Weltkrieges hat in den letzten Tagen auch stark die Arbeiterpresse bewegt. Das hat seine besondere Ursache. Einmal besteht die Absicht, die Reparationsleistung endgültig sowohl in ihrer Höhe als auch in ihrer Zahlungsform zu bestimmen. Bisher erfolgten die Zahlungen bekanntlich nach dem sogenannten Dawesplan. Nach diesem Plan sollte vorerst nur die Leistungsfähigkeit Deutschlands festgestellt werden. Zutünftig hätten wir nach ihm jährlich 2,5 Milliarden Goldmark an die Gläubiger-(Sieger)Staaten zu zahlen, ohne daß (weil dieser Plan ja nur ein Provisorium ist) bestimmt wurde, auf wie viele Jahre wir diese Zahlungen zu leisten hätten. Zum anderen hat Parker Gilbert, der Kontrollbeamte der Reparationszahlung, jetzt einen Bericht herausgegeben, der auf den Grundton gestimmt ist, daß Deutschland verhältnismäßig leicht die ihm im Dawesplan zugeordnete Reparationszahlung leisten könne. Den Beweis hierfür will Herr Gilbert erkennen in der Tatsache, daß Deutschland bis jetzt seine Reparationsleistung prompt erfüllt, wobei die deutsche Wirtschaft noch vorzüglich gefunden konnte und auch verspreche, daß auch in Zukunft die beobachtete Leistungsfähigkeit gegeben sei.

Und hier war nun der Punkt, an dem die Kritik der Arbeiter wachgerufen wurde. Grundsätzlich hat sich die übergroße Mehrheit der deutschen organisierten Arbeiterschaft mit der Reparationsleistung abgefunden. Die heutige kapitalistische Welt- und Wirtschaftsordnung läßt diese Grundtatsache eben als die zurzeit einzig vernünftige und vorteilhafte erscheinen. Die Problematik der Reparationsleistung aber wird die Arbeiterschaft immer wieder dort interessieren müssen, wo sie in direkte Berührung gerät mit ihrer sozial-wirtschaftlichen Lebenssphäre, das heißt mit der Gestaltung ihrer Lohn-, Arbeits- und Sozialverhältnisse. Gewiß, jede Reparationszahlung hängt irgendwie mit der Gestaltung dieser Verhältnisse zusammen. Aber unter grundsätzlicher Anerkennung der Zahlungsverpflichtung wird ein positives Interesse immer erst dann besonders entstehen, wenn eine Verschiebung der Grenzlinie durch Veränderung der Reparationssumme im Bereiche der Möglichkeit liegt. Und das ist natürlich bei dieser bevorstehenden beabsichtigten Endregelung der Fall.

Die Auffassung aller Deutschen, auch der Arbeiter, ging und geht nun dahin, daß die Reparationsleistung nach Möglichkeit gemildert werden müsse. Gegenüber der bestehenden Regelung besteht diese Möglichkeit hinsichtlich der Anzahl der Jahresraten (heute unbegrenzt) und der Höhe derselben (heute 2,5 Milliarden). Mit anderen Worten: Auch wir Arbeiter sind interessiert an einer möglichst niedrigen Höchst- bzw. Endsumme. Die Art der Zahlung dürfte dabei mehr die Sachverständigen allein berühren, soweit sie auf deutscher Seite mitwirken.

Der Bericht von Parker Gilbert ist nun geeignet, den deutschen Wünschen und eventuellen Hoffnungen auf eine möglichste Milderung gegenüber dem bestehenden Zustande entgegenzuwirken. Wenn nämlich nach diesem Bericht die deutschen Reparationsleistungen keine besonderen Schwierigkeiten bei der Abwicklung hervorriefen und dabei die deutsche Wirtschaft eine zufriedenstellende Entwicklung zeigt, dann ist natürlich jeder Grund für die Reparationsgläubiger entfallen, gegenüber dieser bisherigen Regelung etwas nachzugeben. Schon diese Tatsache allein genügt ja, um durch den Bericht Gilberts in diesem Moment unangenehme Empfindungen bei uns auszulösen. Das dürfte aber rein sachlich unwesentlich sein, wenn der Bericht Gilberts objektiv das Richtige trafe. Die deutsche Wirtschaft besteht aber nicht, wie Parker Gilbert anzunehmen scheint, nur aus Steuererträgen, Reparationsabgaben von Reichsbahn und Industrie, Aktienrenten und gepumptem Auslandsgeld, sondern auch aus arbeitenden Menschen.

Diese letzteren aber sind das Objekt, das in erster Linie einem Werturteil über deutschen Wohlstand und deutsche Leistungsfähigkeit zugrunde gelegt werden muß. Und wie sieht es hier aus? Kein Mensch wird im Ernste behaupten wollen, daß die Lage des deutschen Arbeiters als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Gerade Parker Gilbert müßte das am besten wissen, da er doch Gelegenheit hat, den Unterschied in der Lebenshaltung des deutschen und des amerikanischen Arbeiters aus eigener Anschauung zu studieren. Was hat er in Wirklichkeit gesehen? Seit dem Herbst 1925 sollen die Löhne eine Verbesserung von 20 Prozent erreicht haben. Im vierten Reparationsjahr sei das Lohnniveau auf der Grundlage der Wochenlöhne um 7,8 Prozent bei gelernten und um 10,6 Prozent bei ungelerten Arbeitern gestiegen. Unter Berücksichtigung der

Lebenshaltungskosten errechnet der Agent eine Reallohnsteigerung um 9 bzw. 6,5 Prozent. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen habe keinen Rückgang der Beschäftigung in Deutschland zur Folge gehabt. Im Gegenteil sei Ende November die Zahl der beschäftigten Arbeiter so groß gewesen wie im Jahre vorher. Der Grund dafür liegt in dem Zuwachs der Beschäftigten infolge der hohen Geburtenziffern. Mit übrigen zieht der Agent aus seinen Untersuchungen die Schlussfolgerung, daß es der deutschen Wirtschaft außerordentlich gut gehe.

Warum ist der Agent nicht einmal hinabgestiegen zu den Massen der Arbeiter mit den zufriedenstellend gehobenen Löhnen? Dort hätte er gemerkt, daß ihr Lebensverhältnis im Vergleich zu menschlich Notwendigem noch jammervoll genannt werden muß und daß die Wirklichkeit doch etwas anders aussieht, als sie sich am grünen Tisch auf schneeweißem Papier herauskullieren läßt. Gewiß, solche Forschungsmethode anzuwenden, mag Parker Gilbert vielleicht nicht berufen sein. Desto mehr aber dürfen wir als Arbeiter es uns nicht nehmen lassen, nach außen und für die in Frage kommenden Stellen mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß aber darin die einzig richtige und wahre und dem Sinn allen Wirtschaftens gerecht werdende Untersuchungsmethode liegt.

Das menschliche Wohlergehen ist Sinn und Zweck des Wirtschaftens und ihm ist die Priorität aller Forderungen an die Wirtschaft zuzuerkennen. Wo es sich um die Privatforderungen internationaler Finanziers an Deutschland handelt, da ist alle Welt sich einig, daß deren Befriedigung aller Reparationsleistung vorgehen muß, wozu man ja auch die sogenannte Transferklausel geschaffen hat. Aber die Privatforderungen des deutschen Arbeiters: menschenwürdige Entlohnung und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse — die kümmern anscheinend niemand bei der ganzen Angelegenheit. Gerade der deutsche Arbeiter aber hat das Recht, die Anerkennung seines Anspruches auf Hebung seines sozial-wirtschaftlichen Lebensniveaus zu verlangen. Jede Reparationsregelung ist auf Sand gebaut, die diese elementarste Grundforderung außer acht läßt.

Man braucht hier nur an die drohenden Wirtschafts- und Arbeitslosenunruhen zu mahnen, die unvermeidlich sind, wenn das Vordringen der deutschen Arbeiterschaft im Verhältnis zu ihrer Tüchtigkeit und Leistung allzu stark gehemmt wird. Die verschiedenen Streiks und Aussperrungen der letzten Zeit sind leuchtende Signale hierfür. Auch die Zukunft steht für uns Deutsche in ziemlichem Graue gehüllt vor uns. Aber, wie gesagt, als Arbeiter werden wir alle Kräfte einsetzen, nicht ins Hintertreffen zu geraten. Erst kommt für uns der arbeitende Mensch, dann der sogenannte Wirtschaftsvertrag oder „Wirtschaftsüberbruch“.

Reparationsleistungen lassen sich ja nur ermöglichen aus den „Uberschüssen“ der Wirtschaft, das heißt aus dem Kapital, das noch übrig bleibt, wenn alle anderen Ansprüche: Arbeitslohn, Unternehmerentlohnung, Kapitalrente, befriedigt sind. „Uberschüsse“ gibt es aber eigentlich bei dieser Aufteilung überhaupt nicht. Überschüsse kann man nur machen durch Vorenthalten eines Teiles von dem, was auf Arbeitslohn, Unternehmergewinn und Kapitalrente entfallen soll. Im Privatkapitalismus ist es nun längst offenbar, welche dieser Positionen wohl am meisten, wenn nicht allein, beschnitten wird, wenn „Uberschüsse“ gemacht werden — der Arbeitslohn. Das aber hat auch heute schon allmählich der Arbeiter selbst erkannt, der gleichzeitig gelernt hat, in organisiertem Zusammenschlusse, in seiner Organisation, sich gegen ein allzu scharfes Beschneiden seiner Einkommenrate, seines Arbeitslohnes, zu wehren. Jede Reparationsregelung, die durch überspannte Ansprüche an die „Uberschüsse“bildung diesen Kampf forcieren würde über das natürliche, dem normalen Wirtschaftsverlaufe noch gerade dienliche Maß hinaus, könnte nur das dem erhofften Resultat gerade entgegengesetzte erzeugen. Das mindeste, was hier zugestanden bleiben muß, ist die sozial-wirtschaftliche Gleichstellung mit seinen Kameraden in den Gläubigerstaaten.

Grundsätzlich ist das ja schon im Dawesplan festgelegt. Was nützt aber dieser Grundsatz, wenn die Praxis später seine Unhaltbarkeit erweist durch eine jetzt vorzunehmende endgültige Regelung. Die Wirkung des Dawesplanes ist ja noch gar nicht erwiesen. Es ist deshalb zumindest verfehlt, zu schlussfolgern, daß die wirtschaftliche Leistungsmöglichkeit Deutschlands zur Erfüllung der Reparationsleistung im Umfange der bisherigen Regelung garantiert sei, nur weil sie sich bis jetzt als gegeben erwiesen habe. Doch sei dem wie es will: Die deutsche Arbeiterschaft und ihr sozial-wirtschaftliches Wohlergehen ist und bleibt bei aller Wirtschaftspolitik der wichtigste Faktor für jegliche Detachierung

Schützt Leben und Gesundheit!

Über eine Million Unfälle wurden im letzten Jahre allein in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben gezählt. Insgesamt haben sich in Deutschland in diesem Zeitraum über zwei Millionen Unfälle ereignet. Fast 24 000 Menschen, davon etwa ein Drittel in den bei den Berufsgenossenschaften versicherten Betrieben, haben dabei ihr Leben verloren.

täglich 64 Tote durch Unfall!

Welche Unsummen von Schmerz, Kummer und Elend, gestörtem Familienglück, vernichteten Existenzen, gescheiterten Zukunftshoffnungen und verlorenen wirtschaftlichen Werten stehen in diesen Zahlen!

Behörden, Berufsgenossenschaften, Verkehrsorganisationen, Gewerkschaften, soziale, wirtschaftliche und technische Verbände sind bestrebt, Aufklärung zu schaffen und Einrichtungen zu treffen, um Unfälle zu verhindern. Manches ist schon erreicht — vieles bleibt noch zu tun!

Es gilt die in Haus und Beruf, im Verkehr, in der Werkstatt und im Betriebe drohenden Gefahren zu erkennen und abzuwenden. Ein großer Teil der Unfälle ist vermeidbar, aber nur, wenn jeder bestrebt ist, sich und andere zu unschädlicherem Verhalten zu erziehen!

Nicht Verbote und Bestimmungen sind das Allheilmittel gegen Unfälle!

Jeder muß mithelfen Unfälle zu verhüten!

Der moderne Mensch soll freiwillig und verantwortungsbewußt an der Unfallverhütung mitwirken. Dieses Verständnis und Verantwortungsgefühl zu verbreiten und zu vertiefen, ist das Ziel einer großen, von den Verbänden der Berufsgenossenschaften ausgehenden Veranstaltung.

Vom 24. Februar bis 3. März 1929

wird die

Reichs-Unfallverhütungs-Woche

(R U W o)

stattfinden. In allen beteiligten Kreisen hat dieser Gedanke sofort lebhaften Widerhall gefunden.

Während dieser Woche soll möglichst in allen Orten des Reiches mit allen Mitteln der Aufklärung, Belehrung und Werbung die Aufmerksamkeit auf die Unfallverhütung hingelenkt werden.

Zweck und Ziel der Reichs-Unfallverhütungs-Woche ist die dauernde und freudige Mitarbeit jedes Einzelnen im Kampfe gegen die Unfallgefahren. Es geht um das Wohl aller Volksgenossen, es geht um Leben und Gesundheit jedes Einzelnen!

Der Wahlspruch der Reichs-Unfallverhütungs-Woche:

„Helst Unfälle verhüten!“

muß für alle Zeiten jedermanns Wahlspruch werden.

An alle Bevölkerungsteile ergeht der Ruf, mitzubringen.

Wisse II, Reichsarbeitsminister.

G. Schäfer, Präsident des Reichsversicherungsamtes.

Prof. Dr. Adam, Reichsanstalt für hygienische Volksbelehrung.

Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung: Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften. — Verband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. — Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten. — Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie. — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Deutscher Gewerkschaftsbund. — Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände. — Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure. — Verband Deutscher Elektrotechniker. — Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten.

D. Spieder, Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

Dr. Schröder, Verband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Das gilt natürlich ungeschmälert auch für jegliche Reparationspolitik. Die deutschen Arbeiter haben es eben verstanden, sich in ihren Millionenvereinigungen selbstständig zu machen und zum Kampfe um ihre Rechte zu rufen. Und nur insoweit als man ihr diese Rechte zugesieht, ist sie zur Hebung und Erfüllung von Pflichten bereit.

Was uns noch fehlt!

Das man schon einmal... (Text continues with a discussion on the state of the mining industry and the need for reform.)

Was nicht es, immer und immer wieder von großen Aufgaben unserer Vertrauensleute zu reden... (Text discusses the role of trust men and the challenges they face.)

Wir wollen darum einmal... (Text expresses a desire for a new approach to the industry's problems.)

Das Reinhardt hat im Verlag... (Text mentions Reinhardt's work and its impact on the industry.)

Wie werden doch die... (Text discusses the state of the industry and the need for reform.)

Das der Mann eine wirkliche... (Text discusses the need for a real training institution.)

Die Erziehung ist ein böser... (Text discusses the quality of education and training.)

In der Frage des „richtig...“ (Text discusses the importance of correct judgment.)

ausgehen... (Text continues with a discussion on the state of the mining industry and the need for reform.)

Zum Schluss noch ein... (Text concludes with a final thought on the industry's future.)

man das Nichtzutreffende dieser... (Text discusses the validity of certain opinions and the need for evidence.)

Aber es ist sicher, daß... (Text discusses the importance of understanding the soul and the role of trust men.)

Verband überflüssig!

Wie unrichtig diese... (Text discusses the redundancy of certain organizations and the need for reform.)

Aus einer ganzen Anzahl... (Text discusses the need for a more unified approach.)

Der Bergmann J. in... (Text discusses a specific case or example related to the industry.)

Erst jetzt, nach acht... (Text discusses the impact of certain events or decisions.)

beantragt. Nach demselben... (Text discusses a specific case or example related to the industry.)

Ein anderer Fall: Der... (Text discusses another case or example related to the industry.)

Ohne Organisation wären... (Text discusses the importance of organization in the industry.)

Die Infolge ihrer... (Text discusses the impact of certain events or decisions.)

Lehrreiches aus dem Bergbau.

Bezeichnung für Schüttel... (Text describes a mechanical device used in mining.)

Erweiter Grubenstempel... (Text describes a device used for expanding mine shafts.)

Verfahren zur Erzeugung... (Text describes a method for producing a certain material.)

Förderwagen... (Text describes a vehicle used for transporting materials in a mine.)

Abraum und Müllmassen... (Text discusses the handling of waste and debris in a mine.)

Abheben von Abraummassen... (Text discusses the process of lifting heavy materials.)

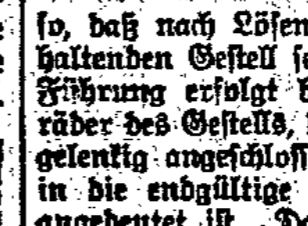
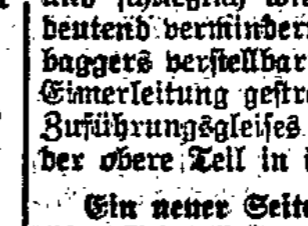
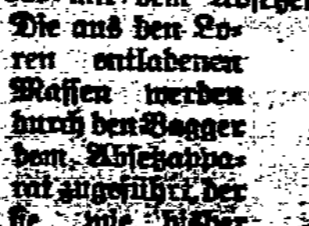
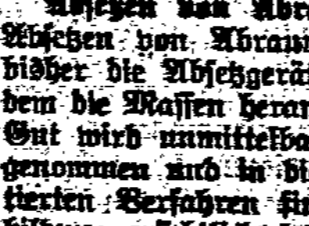
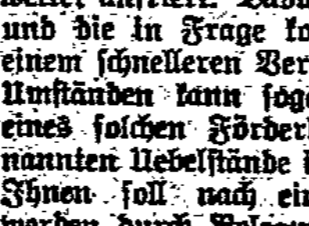
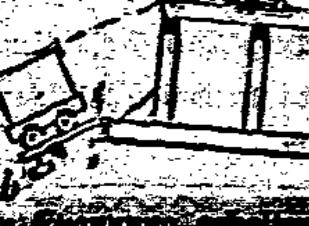
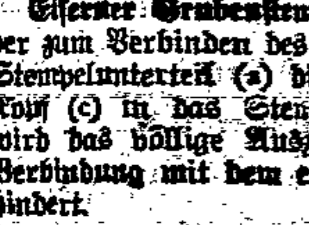
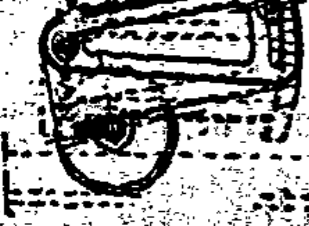
Abheben von Abraummassen... (Text discusses the process of lifting heavy materials.)

Aber dem einfachen... (Text discusses the advantages of a simple design.)

Ein neuer Seitenkipper... (Text describes a new type of tipping mechanism.)

So, daß nach Lösen... (Text discusses the operation of a tipping mechanism.)

So, daß nach Lösen... (Text discusses the operation of a tipping mechanism.)



Internationale soziale Bewegung.

Ebenso wie die deutschen Gewerkschaften für das neue Arbeitsgesetz mit allem Nachdruck die Einstellung von Arbeitnehmern in den Betriebsaufsichtsdiensten verlangen, kämpft auch die Arbeiterchaft in Frankreich um die Einschränkung von Arbeiterdelegierten in den Dienst der Gewerkschaften.

Im französischen Bergbau ist es allerdings schon seit längerer Zeit gelungen, im Anschluß an schwere Wetterepidemien die Einstellung von Bergarbeiterdelegierten durchzusetzen, die jeweils von den Belegschaften zu wählen sind. Jetzt ist dieselbe Bewegung bei den Metallarbeitern und Bauarbeitern ein. Besonders bei den Letzteren sind es die großen Baustatistiken der jüngsten Vergangenheit, welche die gewerkschaftlichen Forderungen auf Teilnahme und Mitverantwortung am Sicherheitsdienst zu einem Interesse der Mitgemeinheit machen. Die Arbeiterdelegierten sollen nicht allein den Schutz der Arbeiter und die Betriebshygiene überwachen, sondern auch die Aufsicht über die Qualität des Baumaterials und der anzuwendenden Bauweise übernehmen. Wegen der ständig wechselnden Verhältnisse im Baugewerbe sollen die Delegierten von der Gewerkschaft gewählt werden und nicht wie im Bergbau, unmittelbar von der Gesamtheit der Arbeiter. Sie gelten dann als Vertreter ihres ganzen Berufes, müssen sich aber noch einer besonderen Prüfung für den Aufsichtsdienst unterziehen.

In Belgien fordert die Arbeiterchaft ebenfalls einen unmittelbaren Einfluß auf die Arbeitsinspektion, da die Unfallrisiken in erschreckendem Umfang zugenommen haben. Auf dem diesjährigen Kongreß der Metallarbeiter wurde beschlossen, gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der das bisherige Inspektionsystem im Sinne einer Beteiligung der Arbeiterchaft ändern soll.

Auch in England, dem Lande der ältesten Fabrikgesetzgebung, steht die Gewerbeaufsicht im Mittelpunkt des Interesses der Arbeiterchaft. Der britische Gewerkschaftsbund hat bei seinen Organisationen eine Erhebung eingeleitet, welche den Beweis für die zu geringe Anzahl der Inspektoren erbringen und die einzelnen Forderungen feststellen soll, die sich für die Neuorganisation der Gewerbeaufsicht im Rahmen der vorgesehenen neuen Fabrikgesetzgebung als notwendig ergebe. Der Entwurf zu dieser neuen Fabrikgesetzgebung stammt noch von jemandem aus der Zeit der Arbeiterregierung, wurde aber inzwischen sehr verschlechtert und immer wieder zurückgestellt, da sich die Regierung dem Widerstand der Konservativen gegen jede Verbesserung der Fabrikgesetzgebung nicht entziehen kann.

Derselben Mangel an Tatkraft zeigt die Regierung im Hinblick auf eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im englischen Bergbau. Ihre bisherigen Maßnahmen hatten nur sehr geringen Erfolg. Von den 8400 nach Kanada verplanten Arbeitern sind jetzt nach Beendigung der dortigen Erntearbeiten 7700 wieder zurückgekehrt. Wenn auch möglicherweise ein Teil dieser Heimkehrer im nächsten Jahre mit ihren Familien für dauernd horthin auswandern werden, so kann es sich dabei doch nur um verhältnismäßig wenige Personen handeln. Und was den Aufbruch der Premierminister zum Einstellen arbeitsloser Bergleute in anderen Industriegebieten betrifft, so hat jetzt der Gewerkschaftsrat (Admiral) von London eine Forderung dieses Art für den ganzen Kreis von Dörfern, der einen relativ guten Beschäftigungsgrad hat, grundsätzlich abgelehnt, weil hier die Arbeitsplätze den dortigen Arbeitskräften vorbehalten bleiben sollen. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit hat die Regierung eine Vorlage auf Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsfonds von 60 auf 80 Millionen Mark einbringen müssen, die jedoch in zweiter Lesung angenommen wurde. Die Arbeiterchaft ist nun ihrerseits zur Anregung wirksamer Maßnahmen übergegangen, indem der Vollzugsrat der englischen Bergarbeitergewerkschaft bei einer Adresse an den Bergbauminister es als dringend notwendig bezeichnete, daß erstens zur Regelung der unrentablen internationalen Verhältnisse der Kohlenindustrie eine nationale Körperschaft als Vertreter der gesamten englischen Kohlenindustrie gegründet wird; daß zweitens zur inneren Ausbebung des Kohlenabbaus die neuen Verwendungs- und Ausschüttungsmethoden der Kohle, vor allem das Verflüssigungsverfahren, in größerem Umfange als bisher angewendet werden. Auf diesem Gebiet müßte den großen entgegenstehenden Interessen des englischen Kapitalismus energisch widerstanden werden. Zur sofortigen Erleichterung aber seien eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen im Bergbau zu ergreifen, vor allem die Wiederherstellung des Siedestundenbesatzes, die Pensionierung der Bergarbeiter über 60 Jahre und die Verlängerung des Schulbesuches bis zum 16. Lebensjahr.

Die englischen Grubenarbeiter, ihrerseits, haben die großen Betriebsverluste des Bergbaues in Südwales durch Herabsetzung der Löhne ausgleichen zu können. Sie haben zum 10. Dezember eine gemeinsame Konferenz mit dem Bergarbeiterverband einberufen, auf der sie eine Senkung der Grundlöhne von 8 auf 7 Schilling pro Mann und Schicht und eine entsprechende der Mindestlöhne von 28 auf 20 Prozent über der Basis von 1915 durchsetzen wollten. Demgegenüber wird die Gewerkschaft auf einer Erhöhung der Löhne bestehen. Denn die Nationalisierung der Arbeitskraft ist seit 1925 in dem Maße durchgeführt worden, daß der Lohnanteil pro Tonne Kohle von 18 auf 27 Schilling gestiegen ist. Es müssen jetzt zur Rentabilität und Abschleiferung andere Maßnahmen in Angriff genommen werden, vor allem in der Richtung der von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge.

Im französischen Kohlenbergbau hat eine Lohnbewegung der Arbeiter zum Ziel, die seit der Hochkonjunktur 1926 heruntergesunkenen Löhne wieder auf den damaligen Stand zu erhöhen.

In Belgien wurden infolge der dauernd steigenden Lebensunterhaltskosten verschiedene Lohnbewegungen ausgelöst. In der Eisenindustrie, die sich in günstiger Entwicklung befindet, wurde statt der geforderten Lohnerhöhung von 10 Prozent nur eine solche von 5 Prozent erreicht, die Lohnhöhe aber beweglich gehalten, je nach der Höhe des Kleinhandelsindex.

Ein großer Teil der Lohnbewegungen hat auch in dieser Periodezeit wieder zu offenen Arbeitskämpfen geführt, und zwar ganz überwiegend bei den Seeleuten und Hafenarbeitern. Der Streik in Marseille hat zwar für zwei Wochen den Verkehr im größten Hafen Frankreichs vollkommen lahmgelegt, den Seeleuten aber keinen größeren Erfolg eingebracht, als daß man ihnen nach Anerkennung des zuerst abgelehnten Schiedsspruches und nach Wiederaufnahme der Arbeit neue Lohnverhandlungen versagte. Der dreiwöchige Ausbruch der Hafenarbeiter in Bordeaux endete mit einer Lohnerhöhung, die etwas geringer war als die ursprünglich geforderte. Auch in Corfica in den Höfen von Bastia und Ajaccio, traten die Hafenarbeiter in den Streik.

In Polen wurde der Transportarbeiter- und Seeleutestreik im neuen Hafen Gdingen durch die Vermittlungsbaktion der Regierung ohne wesentlichen Erfolg beigelegt.

Die finnischen Hafenarbeiter stehen nun schon seit über fünf Monaten im offenen Kampf um die Anerkennung ihrer Organisation und den Abschluß eines Arbeitsvertrages.

Der dreiwöchige Streik der Hafenarbeiter in Australien hat mit einem Siege der Regierung geendet, die die allgemeine Aufnahme der Arbeit unter den Bedingungen ihres neuen Gesetzes über den Arbeitslaubnschein erzwungen hat.

Auch der Streik der Bergarbeiter in Madag. (in der Tschechoslowakei) ist kein erfreulicher gewesen. Die Arbeiter mußten sich einem Diktat der Unternehmer fügen, dessen Lohnangebotsniveau niedriger war als in dem Angebot der Unternehmer zu Beginn des Streiks.

Die zahlreichen großen Arbeitskonflikte, welche im Laufe des verflochten Jahres in Schweden ausgebrochen waren, haben die konservative Regierung veranlaßt, eine gemeinsame Konferenz einzuberufen, an welcher die Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, eine größere Anzahl privater Unternehmer und Arbeiter in leitender Stellung sowie andere auf diesem Gebiete erfahrene Personen teilnehmen sollten. Hierbei sollen sich die Parteien nach dem Vorbild der englischen Mond-Konferenzen über alle zwischen ihnen stehenden Fragen austauschen und, wenn möglich, Richtlinien festlegen für spätere Beratungen im Sinne einer wirtschaftsriedlichen Zusammenarbeit. Mit dieser Veranstaltung nimmt die Regierung, allerdings in viel verwickelter Form, den alten Plan der früheren Arbeiterregierung auf, die eine sogenannte Arbeitsfriedenskommission aus Vertretern der beiden Seitenorganisationen einsetzen wollte, durch den Widerstand der bürgerlichen Parteien aber daran gehindert wurde. Die Gewerkschaften erwarten von der gemeinsamen Konferenz keine unmittelbaren Erfolge, aber sie sehen in ihr den Anfang einer Politik, die die Wirtschaftsdemokratie fördern kann.

Der in England aus den Mond-Konferenzen hervorgegangene gemeinsame Ausschuß der Gewerkschafts- und Unternehmervertreter hat bei seiner letzten Tagung den Entschluß gefaßt, die Errichtung eines nationalen industriellen Rates anzustreben, der bestehen soll aus dem Generalrat der Gewerkschaftskongresse und einer gleichen Anzahl von Vertretern der beiden großen britischen Unternehmerorganisationen.

Unterstützung an englische Bergarbeiter.

Montag Arbeitsmittel in England sind insbesondere die Bergarbeiter schwer betroffen. Nachdem schon früher Beiträge für die Unterstützung der Arbeiterbewegungen herbeigeholt worden waren, hat die Regierung jetzt an die Arbeiterchaft eine große Summe zur Verfügung zu stellen. Für jedes Pfund Sterlings, das wöchentliche Mittel für die notleidenden Bergarbeiter gezahlt wird, soll der Staat gleichfalls 1 Pfund Sterling zahlen.

Die Wohltätigkeit Privater ist in England zweifellos sehr groß. Der von Londoner Lord Blyth (Bürgermeister) erzielte Betrag für die notleidenden Bergarbeiter, der vor wenigen Wochen geschaffen wurde, beträgt bereits über 4 Millionen Mark. Besonders groß war die Opferfreudigkeit eines in London lebenden wohlhabenden Dänen namens Kielberg; er stiftete den Betrag von 600 000 Mark. Die Regierung ist nach Baldwin's Aufgabe daher verpflichtet, gleichfalls 4 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Die notleidenden Bergarbeiter haben also zur Jahreswende aus öffentlichen und privaten Mitteln zusammen 8 Millionen Mark erhalten.

Kann mit dieser Summe auch nur vorübergehend geholfen werden? In England sind seit Jahr und Tag etwa 800 000 Bergarbeiter erwerbslos. Die Zahl der Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen, die nun schon jahrelang auf ein paar Mark wöchentlichem Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind, beträgt im ganzen etwa eine Million. Auf jeden Kopf kommt somit eine einmalige Spende von 8 Mark. Man will aus den Beträgen hauptsächlich Kleider und Schuhe für Frauen und Kinder besorgen, die zum großen Teil in Lumben einhergehen.

Möglicherweise wird die Regierung im Laufe der Zeit mit großzügiger Geste sogar noch ein paar Millionen Mark mehr stiften und sich bei den Wählern als arbeitserfreundlich anpreisen. Geholfen wird durch solche Almosen aber auf die Dauer niemandem. Die Frage, auf die es ankommt, lautet: Wie beschafft man diese Millionen seit Jahren brachliegenden Arbeitskräfte wieder Beschäftigung und dauernden Verdienst?

Die einzige Lösung, die Erfolg verspricht, ist eine durchgreifende Neuorganisation und Umschichtung der britischen Industrie, bei der man nicht vor Sozialisierung wichtiger Betriebe zurückschrecken darf.

Vorsicht bei Abschluß von Versicherungen.

Wie vorsichtig man beim Abschluß von Versicherungen sein muß, lehrt folgender Fall:

In Köln hatte der Arbeiter S. im vergangenen Jahre den Besuch eines Feuerversicherungsagenten (von der Gesellschaft „Gilde“, Essen), der ihn überredete, seinen Ausrat für 5000 M. zu versichern. Als er den Versicherungsschein erhielt, sieht er, daß er sich unterschrieben verpflichtet hat, eine Prämie von 9,30 M. und kündbar zehn Jahre lang zu zahlen. Die Prämie auf Weiterzahlung der Prämie — zehn Jahre lang — muß zu Gunsten der Versicherungsgesellschaft „Gilde“ auslaufen, denn unterschrieben ist unterschrieben und unterschreiben heißt bezahlen!

Interessant ist nun folgender Vergleich: Schreibt dieser Bellen hat sich ebenfalls gegen Feuer versichert mit 5000 M., allerdings bei der freigewerkschaftlich-genossenschaftlichen Eigenversicherung „Selbsthilfe“. Dieser Versicherungsvertrag läuft jetzt ebenfalls nur ein Jahr! Trotzdem sind die Kosten ganz erheblich geringer. Es berechnen die

	„Selbsthilfe“	„Gilde“ u. G.
Prämie	5,00 M.	9,30 M.
Anteilungsgeld	1,00 M.	2,00 M.
Steuer	0,20 M.	0,30 M.
Porto	— M.	0,70 M.
Zusammen	6,20 M.	12,30 M.

Unsere eigene Versicherung arbeitet also um 33% Prozent billiger als die Privatgesellschaft. Bei der „Selbsthilfe“ kann ich überdies jährlich den Vertrag beenden, wenn ich durch Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. zahlungsunfähig werde! Bei der Privatgesellschaft laufe ich zehn Jahre lang Gefahr, daß mir die gegen „Feuer“ versicherten Möbel, gebündelt und aus der Wohnung heraus verkauft werden, wenn ich das Geld für die Prämie nicht aufbringen kann. Denn gegen Feuer bin ich versichert — gegen Pfändung nicht!

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Versichert euch nur bei der „Ballfänger“- bzw. der „Luchtergesellschaft“, „Selbsthilfe“, es sind die Versicherungsgesellschaften des arbeitenden Volkes!

Neue Ausflüchte!

Also, was man in Verbandskreisen schon lange gemunkelt, ist jetzt Tatsache geworden: Josefmann und alle die anderen vom Hauptvorstand sind sich in einer erregten Sitzung einig geworden. Ueber was? — Na, sie haben dem Geschwätz der Unorganisierten, dem Geschimpfe der Kommunisten und dem Geflöge der Unternehmer Rechnung getragen. Es sagen die ersten: Der Verband tut nichts und hat noch nichts geleistet, er ist überflüssig! Die zweiten: Die Führer des Verbandes sind Betrüger, ihre Taktik bringt die Bergproletarier nur dem großen Glend näher. Die dritten: Der Verband mit seiner Tätigkeit lähmt den Gang der Wirtschaft, ist schuldig, daß wir mit hohen Soziallasten zu ringen haben, und seine Annäherung die Wirtschaftsdemokratie Wirklichkeit werden zu lassen, wird überhaupt die Rentabilität der deutschen Bergbauministerie in Frage stellen. Er muß verschwinden! Der Vorstand sagte sich deshalb: Wenn es eben so ist, ja dann haben wir ja überhaupt keine Existenzberechtigung, müssen also verschwinden. Und dann hieß es: Am 1. Januar 1929 stellt der Verband seine Tätigkeit ein. Das ganze Drum und Dran kennt ihr ja.

Auf alle Fälle klappte das wie am Schnürchen, genau so wie die Ausperrung der Metallarbeiter neulich an der Ruhr. Und diese Stilllegung war ebenso dem deutschen Volke als Weihnachtsgeschenk gedacht, wie der Effektkampf, kam ja wohl etwas spät, aber, wenn's gut ist, schadet das auch nichts. Das war ein Wuns — und schon stand der ganze Laden. Da ging aber ein Aufatmen durch alle Kreise des Volkes, als wäre man von einem bösen Alpdruck befreit.

Der Unorganisierte freute sich: endlich hat man mal Ruhe vor diesen 111 Funktionären mit ihrer ewigen Bettlei von wegen Mitglied werden und so. Man konnte sich ja nirgendwo mehr sehen lassen, schämig war das. Na, das war ja nun vorbei, Gott sei Dank! Bloß die SPD'ler waren im ersten Moment baff. Auf wen sollten sie denn jetzt ihr revolutionäres Geschimpfe richten? Aber man tröstete sich, man war ja sonst nicht um Gegenstände des Angriffes verlegen, es würde sich schon was finden.

Niemandem kam ja diese Sache nun gelegener als den Herren Unternehmern. Endlich konnte man so ganz wieder der Herr im Hause sein. Vorher war das ja nicht zum Aushalten. Nun wurde aber gezeigt, was für tüchtiger Herr man war. Also der

erste Eindruck war überall gut. Und die Wirkung dieser sogenannten Stilllegung? Die war einfach blendend! Sie zeigte sich in vielerlei Gestalt. Zuerst war man ja nicht zur Zahlung des Tariflohnes verpflichtet. War ja niemand mehr da, der ihn beanspruchte oder gar einlagte. Es wurde nur nach Zahlung gezahlt. Ja, jetzt mußte geleistet werden, aber feste! Wer nicht schuftet, wird ausgelacht. Das heißt: wer eben nicht so schwer schufteten konnte, wies nicht in den Muskeln hatte, der ging mit 4 bis 450 Mark nach Hause. Oh, es gab auch Löhne von 15 Mark. Und das war gut, denn wo sollte es denn hinführen, wenn so ungefähr egal verdient wird? Na, das war zu Zeiten des Tarifs, aber nicht mehr heute. Und Urlaub beanspruchte ja auch niemand mehr, wollte keiner. Ging ja auch nicht, mußte doch tüchtig geschafft werden, und wer ihn mal verlangte, der bekam eben die Abwehr. Betriebsräte? Ja, der Verband stellt doch keine Kandidaten mehr auf. Ja, aber man hatte doch die „Gelben“, Deutsche Arbeiter, „Stahlhelm“ und so. Die waren ja werksriedlich und brauchbar, standen nicht im Wege bei irgendwelchen, na sagen wir mal: arbeitserfriedlichen Maßnahmen.

In der Knappschaft? Ja, die Arbeitnehmer haben wohl drei Fünftel der Vertretung, aber die ist auch danach, genau wie die Deutschen im Betriebsrat. Es klappte also alles wunderbar. Wenn mal nicht genug gefördert wurde, na, dann ging's eben auch mal mit einer Samstag-Abendstichtung oder einer Achter- oder einer Viertelsstichtung. Man braucht da nicht gleich Lohnhöhung zu schreiben, auf diese Art und Weise ließ sich der Lohn ja auch verbessern.

Die vielen Bergpolizeiordnungen zur Grubenarbeit? Na, die ließ man eben unbeachtet, niemand war da, der auf ihre Forderung drängte. Mühte ja auch Zeit, Geld und Arbeit und das mußte man doch vermeiden. Kohlen, Kohlen arbeiten gefördert werden. Wenn hier und da auch mal ein Unglück geschah, das ist eben nicht so zu vermeiden. Man hat eben überall schwer zu tragen. Mit der Seilschaft wars auch nicht mehr so schlimm. Um 5 Uhr früh konnte auf mancher Beede schon der erste Personenzug in die Grube fahren. Überall war ein Aufwärt's und Vorwärt's deutlich zu sehen. Man konnte bei jedem wieder Verständnis finden für die Notwendigkeiten zu einer „vernünftigen“ Wirtschaftsführung. Das zeigte sich auch deutlich bei dem Umzug der Beamten mit den Kumpeln. Der alte vernünftige Gehorsam: feste reinhalten und Schlange halten war zum Wohl der Allgemeinheit wieder an der Tagesordnung. Ueber-

haupt, die Stänker und Gezer, die früher Betriebsratsmitglied waren, die hatte man ja aus dem Betrieb entfernt, so daß alles seinen vernünftigen Entwicklungsgang nahm. Die Kommunisten hatten ja wohl anfangs mal ein kleines Revolutionschen gewagt. Na, diesen Spas ließ man ihnen, naher waren sie um so zöher. Manah einer, der sich besonders revolutionär gezeigt, war heute Oberstschmelzmeister oder sonst ja ein Begeleamter oder gar Mitglied des Betriebsrats, den Gebe und Stahlhelmer und so hießen. Das ist nur ein kurzer Auschnitt, man kann ja nicht alles aufzählen, nicht alles zeigen, wo und wie es besser geworden war, seit der vernünftigen Handlung des Verbandsvorstandes, bei ganzem Kraut stillzuliegen.

Wo man nur hinsah, zeigte sich eben der Fortschritt, der durch keine Verbandsstätigkeit gehemmt war. Auch an der Dübendbe, die an die Aktionäre geschickt wurde, war der Zug der neuen Zeit zu spüren. Ja, denkt ihr, die Unorganisierten wären jetzt zufriedener gewesen? Ja, Kuchen! Sogar die Kommunisten waren mit ihnen einig, daß der Verband Verrot begangen habe damit, daß er aufgehört hatte zu sein. Wo sollte das denn hin zum Donnerwetter, was bildeten Josefmann und die anderen sich denn ein, so, ohne die gesamten Kumpels zu fragen, einfach aufzuhören? Gerade wollten die Kommunisten die ganzen Kumpels durch Unterschriften den Josefmann auffordern lassen, sofort wieder sein Amt anzutreten, überall wäre man bereit, dem Verbände beizutreten, da wurde ich — wach, ihr könnt euch denken, in Schweiß gebadet. Das war ja eine nette Befehrerung zum 1. Januar. Aber da hämmerte es mit ganz langsam, daß dies ja nur ein Traum war. Da habe ich mir erst mal selbst gratuliert. Dann fiel mir ein, daß wir ja vom 1. Januar ab einen anderen Firmennamen haben: Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, und stellte mir vor, daß dieser Name ein ganzes Programm ist. Alles, was in der Bergbaubauindustrie Beschäftigung findet, gehört in ihn hinein. Und daß es so wird, dafür sorgen unsere Kameraden schon. Den Laden einstellen? Ich glaube, ich hätte im Traume schon keinen Labs. Nichtig losgehen soll es jetzt erst mal, und da will ich mit dabei sein!

Max Heiland, Bergholen.

Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.
Und was ich weiß, mache mich heiß.
Wenn ich nicht wüßte, wie's werden müßte. Goethe.

Haus und Leben

Gedanken über Panuropa.

Der paneuropäische Gedanke, das heißt die Vereinigung der europäischen Staaten zu einem Staatenbund oder Bundesstaat, ist keine philosophische Konzeption, sondern ein rein praktischer und historisch begründeter Versuch anzusehen, Europa der drohenden Gefahr des Unterganges zu entreißen.

Welchen wir zunächst bei der Wollit. Nazifismus ist solange eine Utopie, als der Krieg Aussicht auf Sieg und Beute gibt. Diese Art von Krieg ist von nun an unmöglich. Der Weltkrieg hat der Menschheit oder zum mindesten der europäischen Menschheit den Beweis gebracht, daß es keine Sieger mehr gibt. Das war wenigstens so beim letzten Krieg. Der nächste Krieg würde nach Ansicht aller Sachverständigen nur noch ein Trümmer- und Leichenfeld in Europa zurückschaffen. Somit stellt sich die Friedenspolitik zum ersten Mal nicht als die Forderung der christlichen Nächstenliebe dar, sondern als Aufhebung des elementarsten Selbsthaltungstriebes der Staaten.

Wenigstens ist der Zwang zur Verständigung und Einigung auf dem nationalen Gebiet. Der zehnjährige europäische Krieg - und Frieden - hat dem tertius gaudens, nämlich den Vereinigten Staaten, die Möglichkeit gegeben, sich zum Führer der Welt aufzuschwingen. Amerika konnte in Ruhe seine Arbeitskräfte organisieren und zum letzten Stande seiner sogenannten Massenproduktion entwickeln. Diese Massenproduktion ermöglicht es dem amerikanischen Arbeiter, mit Hilfe der Rationalisierung und der neuzulässigen Arbeit sparenden Maschinen das Fünf- bis Sechsfache dessen zu produzieren, was der europäische Arbeiter in derselben Zeit fertigt. Was dies bedeutet, möchte ich am U. t. o. m. o. b. i. l. einem Beispiel von vielen, demonstrieren: der erste Rohstoff, Stahl, ist in Amerika etwas teurer als in Europa; der zweite Rohstoff, Gummi, muß dort ebenso wie in Europa eingeführt werden. Der dritte Rohstoff, Mehl, ist in Amerika ebenfalls teurer als in Europa. Der vierte Rohstoff, Kohlen, kostet in Europa eingeführt werden. Der fünfte Rohstoff, Eisen, ist in Europa ebenfalls teurer als in Europa. Der sechste Rohstoff, Kupfer, kostet in Europa eingeführt werden. Der siebte Rohstoff, Zinn, kostet in Europa eingeführt werden. Der achte Rohstoff, Wolfram, kostet in Europa eingeführt werden. Der neunte Rohstoff, Mangan, kostet in Europa eingeführt werden. Der zehnte Rohstoff, Nickel, kostet in Europa eingeführt werden.

Zu dieser Massenproduktionsmethode gehört aber noch eine ganz geringe Voraussetzung, nämlich das große amerikanische Absatzgebiet. Dieses ist nur möglich durch Abschaffung der Grenzen und Vereinigung aller kulturell und wirtschaftlich zusammengehörigen Länder eines Weltteils.

Die daraus entfallende Konsequenz ist aber eine noch viel weittragendere: die Abschaffung der Grenzen macht den Grenzschutz überflüssig. Somit würde mehr „virtuositas virtuosus“ (im Gegenstand zum circulus virtuosus unserer gegenwärtigen europäischen politischen Struktur) lauten: Massenproduktion, Massenabsatzgebiet, keine Grenzen, keine Armeen, keine oder nur minimale Steuern, keine Kriege, keine Vermittlung, keine Verschuldung, keine Reparationen, kein Chaos der Wirtschaft, keine Verschwendung an unproduktiver Arbeit, genannt Seeresdienst. Das Resultat wäre: der von Klassen- und Nationalhaß, von Armut und Elend befreite Europäer, der durch sein höheres materielles Niveau in handgefaßt würde, seiner Mission, nämlich der Weiterentwicklung unserer europäischen Kultur und ihrer Dienstvermehrung allen Völkern zu dienen.

Das ist der eigentliche Punkt der paneuropäischen Bewegung, bei dem mein leidenschaftliches Interesse einsetzt: unsere europäische Kultur leidet unter einem tragischen Paradoxon. Ihre Quellen entspringen der Vielfaltigkeit der europäischen Nationen. Dieser Vielfaltigkeit verbandt man die Reine Einheit, den Haß, die Sigmünde Madonna, die Chopinische Ballade usw. Diese aus der Tiefe des Menschenherzens heraus geschaffenen Meisterwerke, die einen Nieberstichlag des Geistes der Nation und nur der einen Nation darstellen, sind für die ganze Menschheit bestimmt. Wie es überhaupt auf dieser Erde nichts Höheres gibt als den Menschen. Ich erkenne keine Religion, keinen Gott, kein Kunstwerk als einen Wert an, sondern nur in seiner Bestimmung zur Erlösung des Menschen. - Nun denn, eben dieser Nationsreichtum, der uns diese Kulturwerte schenkte, war bei

der bisherigen politischen Struktur Europas zugleich die Ursache, daß sie nur einem Bruchteil aller Menschen zugänglich sind. Jede Vorstellung, jedes Konzept bringt schmerzliche Erkenntnis: dieser Haß, diese Reine Einheit, diese Kreuzpersonale versammelt um sich nicht nur alle würdigen und danach hungernden Zuschauer, sondern auch der großen Zahl derselben nur leeres Mühsal, das bei dem periodisch wiederkehrenden Zusammenprall der europäischen Völker durch einen glücklichen Zufall dem wirtschaftlichen Ruin entgangen ist.

Eine Kultur, die sich gegenseitig zerstörende Nationen zur Voraussetzung hat und insofern 99 von 100 Europäern unzugänglich bleibt, ist ein blutiger Dorn und mag getrost zugrunde gehen. - Die Lösung der größten Stunde lautet: durch die Vereinigung der europäischen Staaten zu einer Staatengemeinschaft des Kulturbodens nicht veräußert gehen und in dem vergrößerten Wirtschaftsboden die Basis der Prosperität finden.

Ich höre schon die Gegenargumente vieler Leser: man denkt an Massehaß, an die menschliche Natur mit ihren Raubtierinstinkten, an die historische Tradition usw. usw. Wenn es so etwas gäbe wie Massehaß, wie würde man dann die Tatsache erklären, daß die Mächte in den großen Kriegen immer verschieden gruppiert sind: einmal kämpft England mit Frankreich, einmal gegen Frankreich usw. und so könnte ich alle irgendwie möglichen Staaten-Kombinationen abwechselnd als Feinde oder Verbündete nennen. Nicht Massehaß erzeugt Krieg, sondern der durch vermeintliche materielle Interessen hervorgerufene Krieg schafft Massehaß. Aber auch dieser durch den Krieg erzeugte Haß ist der menschlichen Natur so zuwider, daß erst Verpflegungszentralen, genannt Propagandabureaus, bei den einzelnen Generalstäben zur wirksameren Schöpfung des Hasses errichtet werden müssen.

Genau Kriege lagen bisher in der historischen Entwicklung, aber diese Kriege wurden doch auch zwischen Angehörigen derselben Nation geführt. Und doch würde jetzt die Zumutung, daß zum Beispiel ein Bayer gegen einen Preußen oder ein Piemonteser gegen einen Neapolitaner kämpfen sollte, als absurd bezeichnet werden. Warum? Weil sie durch keine Grenzen mehr von einander getrennt sind. Schafft zwischen den europäischen Völkern die Grenzen ab und es wird zwischen ihnen ein Krieg ebenso absurd erscheinen.

Dabei möchte ich einem Mißverständnis vorbeugen: der Begriff Panuropa bedeutet an sich noch keine Stellungnahme für oder gegen Nazifismus, er ist nur die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß ein Kampf zwischen europäischen Staaten bei ihrer heutigen gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit, kulturellen Verquickung und gemeinsamen Gefahren von außen kein Krieg mehr im historischen Sinne ist, sondern ein Bürgerkrieg!

Ebenso wenig bedeutet die sich aus dem paneuropäischen Gedanken ergebende Forderung eine Stellungnahme in historischen Kampf für oder gegen Freihandel, auch sie ist nur die Folgerung aus der Erkenntnis, daß europäische Binnenmärkte heutzutage nur noch den Sinn oder vielmehr Unsinn verkehrshindernder Bauten haben.

Und die Vielsprachigkeit in den Vereinigten Staaten von Europa wäre auch keine unüberwindliche Schwierigkeit. Belgien, Finnland, die Schweiz und Tschechoslowakei sind schon heute zweisprachig, dreisprachig. Aber miteinander lieber vier Sprachen als vier Kriege. Uebrigens beweist die Schweiz, daß, wenn schon das friedliche Zusammenwohnen mehrerer sonst feindlicher Völkern innerhalb einer Grenze möglich ist, sie durchaus nicht etwa in einem gemeinsamen „melting-pot“ ihre Individualität zu verlieren brauchen. Gemessen am untrüglichen Thermometer der Nationen, nämlich der Kunst und Wissenschaft, gibt es nicht Deutscheres als den Deutsch-Schweizer. So würde auch die Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeit einer jeden nationalen Kultur geradezu eine Stärkung erfahren in einem geeinten Europa, in welchem die Notwendigkeit zur gegenseitigen Verfassung und Verfolgung nationaler Zugehörigkeit zurecht imperialistischer Begierde nach Bodenschätzen, Industrien, strategischen Stellungen usw. fortfällt.

Panuropa bedeutet: politisch: Frieden, wirtschaftlich: Ausrichtung, sozial: Ausgleich, kulturell: ungehemmte nationale Entfaltung. Zusammenfassend bedeutet es aber mehr als das: Rettung vor dem sonst unvermeidlichen Untergang.

Bronislaw Huberman in der „Frankf. Ztg.“

Gewerkschaften und Zellkultur.

Eine in Zürich abgehaltene Arbeiterbildungsstunde der Schweiz, an der rund 100 Vertreter der lokalen Arbeiterbildungsausschüsse, von acht Gewerkschaftenverbänden, der zentralen Frauenorganisation und der sozialistischen Jugend teilnahmen, befaßte sich in vorbildlicher Weise mit der Frage der Gestaltung der Arbeiterfesten. Der Vortrag ergab, daß bei Arbeiterfesten danach getrachtet werden müsse, den ganzen Menschen zu erfassen: alle Kräfte müssen zur Festgestaltung herangezogen werden. Es ist falsch und verwerflich, den Arbeitern Mittelmaßes zu bieten mit der Begründung: sie verstehen das Uninteressante Volkertage doch nicht. Es muß Bestes geboten werden, wenn erogen werden soll! Da die Arbeiterklasse noch vorwiegend Kampfklasse ist, muß die Bildungsarbeit immer propagandistisch ausgewertet werden, doch niemals soll der propagandistische Zweck überwiegen. Es ist eine Unflut, bei den Arbeiterfesten immer wieder auf Not und Elend hinzuweisen, weil dies nicht zur Erhebung und Freude beiträgt, die der Arbeiter vor allem notwendig hat.

Dem Vortrag folgte eine rage Aussprache, bei welcher immer wieder auf die große Rolle des Gefühls im Gemeinschaftsleben hingewiesen wurde. Wenn der Sozialismus das ganze Leben umfassen soll, so können wir nicht nur intellektuell, sondern wir müssen auch gefühlmäßig wirken.

Besonders betont wurde bei der Aussprache der „Wille zur Dualität“, der gerade bei den Veranstaltungen der Arbeiter maßgebend sein soll. Ferner zeigte sich, daß die Bildungsarbeit heute nicht mehr in gleich ausschließlicher Weise wie früher mit dem Wohlfühl des agitatorkonformen Gewinns gemessen wird. Sie ist ernsthaft Kulturarbeit geworden und es ist zu hoffen, daß die Zeiten bald vorüber sind, wo die Arbeiterkassen am „Kulturzulass“ kleinbürgerlichen Bekrümmele ihr Geld verdienen.

Wenn man Nadel in der Wäsche stecken läßt.

Eine Wäscherin war in einem Haushalt tätig. Beim Waschen verlor sie sich die Nadel an einer Stelle, die in einer Schürze stecken geblieben war. Es trat eine Schenkelstehenzündung ein, die sie zeitweilig völlig erwerbsunfähig machte. Mit der Frage, ob die Familie, die die Wäscherin zum Waschen angenommen hat, für die Unfallfolge haftet, hatte sich das Reichsgericht zu befassen. (Entscheidungen des Reichsgerichts, Bd. 103, Seite 375.) Das Reichsgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Familie für den der Wäscherin entstandenen Schaden haftbar ist. Nach § 618 BGB hat der Dienstverpflichtete die Einrichtungen oder Beschäftigten, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten, und Dienstleistungen, die unter seiner Anordnung oder seiner Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, daß der Verpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet.

Nach der Meinung des Reichsgerichts findet § 618 im vorliegenden Falle Anwendung.

Der sozialpolitische Grundgedanke des § 618 ist der, daß jeder Dienstverpflichtete einen Anspruch darauf hat, bei Verletzung der von ihm verlangten Dienste gegen Gefahren für Leben und Gesundheit von dem Arbeitgeber nach Möglichkeit geschützt zu werden. Das berechnete Schutzniveau einer Wäscherin verlangt es, daß ihr keine schmutzigen Wäsche zum Waschen gegeben wird, in der sich Nadeln befinden, die Verletzungen hervorrufen können. Die Fürsorge des Dienstherren hat sich darauf zu erstrecken, daß solche oder ähnliche spitze Gegenstände vorher entfernt werden. Wird es schuldhaft verabsäumt, Nadeln oder spitze Gegenstände aus Wäschestücken zu entfernen, so wird dadurch eine Schädigung der Wäscherin herbeigeführt, so steht der unmittelbare oder zum mindesten fangemeinen Anwendung des § 618 nichts im Wege.

Die Todesursache bei Männern und Frauen.

In Deutschland sterben durchschnittlich in jedem Jahr rund 800 000 Menschen. Diese Ziffer differiert in den einzelnen Jahren nach dem Kriege nur um höchstens 10 000. Sehr gleichmäßig sind in dieser Sterbeziffer auch die Geschlechter beteiligt. Es sterben jährlich durchschnittlich 430 000 Männer und ebenso viele Frauen.

Ganz verschiedenartig sind aber die Todesursachen bei den Geschlechtern. Die Reichsstatistik registriert 23 Todesursachen. Schon im Säuglingsalter offenbart sich die größere Fähigkeit der Frau. Aus Lebensschwäche sterben da rund 30 000 männliche, 20 000 weibliche Kinder. An Alterschwäche sterben ungefähr viermal mehr Frauen, nämlich 60 000 gegen 40 000 Männer. Die Infektionskrankheiten raffen ziemlich gleichmäßig beide Geschlechter dahin. Bei Lungenerkrankungen sind die Männer, bei Herzkrankheiten die Frauen im Nachteil. Auch bei Magen- und Darmkrankheiten überwiegt der Anteil der Männer, beim Krebs der der Frauen. 9000 Männer verleben Selbstmord, 4000 Frauen.

Eine lehrreiche Statistik

veröffentlichte Dr. med. Julian Marcuse in einem Aufsatz „Ehe und Sexualberatung“ (Urania, kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, Jena). Danach wurde im Jahre 1922 in Heidelberg eine Erhebung veranstaltet, die folgenden feststellte: In 900 Ehen bei 15jähriger Ehebauer hatten durchschnittlich

		davon starben
Akademiker	2,7 Kinder	5,4 Prozent
Freie Berufe	3,04	8,1
Beamte und Lehrer	3,2	6,1
Kaufleute	3,4	9,0
Selbst. Handwerker	3,8	15,6
Angestellte	4,3	16,3
Arbeiter	6,0	20,7

Also bei den sozial Befestigten stirbt jedes 20., bei den Arbeitern jedes 5. Kind!

Der einzige Adel.

Der Natur nach ist das Dienstmädchen von Herrn St. (dem Pfandwarter) ebenso wohlgeboren wie du, sie hat einen Vater und eine Mutter, einen Großvater und eine Großmutter und vorwiegend bis Adam gehabt. Über zu ihrem Nachteil waren sie nicht so reich wie die adeligen und konnten ihr deshalb nicht eine gleiche Erziehung geben. Der ganze Unterschied zwischen ihr und dir besteht darin, daß sie dir ihre Arbeit gibt, und du ihr Geld gibst. Bilde dir also nichts auf deine Abstammung ein, die durchaus nicht besser ist als die übrige, sondern zeichne dich durch deine Tugenden und deine Sitten aus: das ist der einzige und wahre Adel.

Graf Chastellard (Bride).

Am Wege.

Frei nach dem Englischen von Max Hoyer.

Der Denker schritt zum Gehen, und die Menge sprach schlechte Worte über ihn. Sie verachtete ihn. Es schien ihr etwas von überheblicher Gewalt und Unrecht an der Gestalt des Denkers zu hängen. Sie fühlte es bündel.

Unter dem Denker schritt in feierlich schmatztem Reibe mit Halskette und Bart der Richter. Und die Menge trat ehrfürchtig zur Seite und verachtete sich vor ihm. Sie glaubte die himmlische Gerechtigkeit in menschlicher Gestalt vor sich hervorzubekommen zu sehen.

Da aber tat der Denker den Mund auf und sagte zur Menge: Warum verachtet ihr mich?

„Weil du lächelst!“ riefen ihm die Menge zu. „Weil du lächelst!“ „Ich vollziehe nur den Spruch des Richters, der da hinter mir geht!“ antwortete der Denker. „Denn, wenn ihr mich verachtet, verachtet der Herr.“

Der Richter aber sagte ruhig: „Wie? Ihr wollt mich verachten? Nicht! Bedenke das Gesetz nicht! - Ich habe nie den Todespruch gesprochen! Verachtet darum das Gesetz, nicht mich!“

Das Gesetz aber sprach zur Menge: „Haltet ihr nicht zusammen, daß ich grauhaft werde, so wäre ich nicht bei! Daher verachtet euch selbst!“

Die Menge zerstreute sich.

Sozialismus und Christentum.

Es hätte es für Christenpflicht, immer und immer wieder zu betonen: Jeder Mensch hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein, auf einen ausreichenden Lohn, auf eine gesunde Wohnung, auf geistige Erhebung. Und wenn es der Sozialismus ist, der diese Forderungen aufstellt, so hat er eben in

diesem Falle christlich. Wir müssen dann nach meinem Erachten die Grenzlinie zwischen Kapitalismus und Christentum so scharf wie möglich ziehen. Das scheint mir noch viel wichtiger als die Betonung, daß sich Christentum und Sozialismus wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Der Kapitalismus ist nicht die göttlich gewollte Weltordnung. Er ist der größte Feind des Christentums. Er hat die Massen aus der Kirche hinausgeführt. Wir müssen jeden Schein der Verbindung mit ihm meiden, ob er sich Bürgerhaß oder Einheitsfront gegen den Sozialismus oder anders nennt. Unser Platz ist auf Seiten des arbeitenden Volkes, ist in der Front der Kämpfer gegen die Ausbeutung, gegen die Verflüchtigung des Volkes. Es kommt eine neue Ordnung. Die soziale Reaktion ist eifrig am Werke, die sozialen Errungenschaften der letzten Zeit wieder abzubauen. Man braucht nur gelegentlich die Auslassungen über die Sozialversicherung, Betriebsauschüsse, über die Bekämpfung der Wirtschaft usw. zu lesen. Verbünden sich christliche Politiker mit der sozialen Reaktion, mit den Klassenkämpfern aus dem Lager des Kapitalismus, so zwingen sie die christlich denkende Arbeiterschaft, sich nach einer anderen politischen Vertretung umzusehen oder treiben sie in das Lager des Sozialismus.

Piarru Reichenberger,

Generaldirektor des kath. Volksbundes in der Tschechoslowakei.

Der Verband

In Deiner Stille, Dein Blut! Eine starke Organisation nur kann Dir erträgliche Lebensbedingungen erkämpfen. - Doch ohne Opfer kein Erfolg! - Zahle pünktlich Deinen Beitrag für

die 2. Woche

6 bis 12 Januar 1929

zwischen zwei Möglichkeiten gerieben werden.“ Nachdem Wall einige Vergleiche zwischen den hohen Löhnen Amerikas und den niedrigen Löhnen Europas gezogen hat — Japan, die bei der gegenwärtig anerkannten Unmöglichkeit weiterer Lohnvergleiche allerdings kaum für stauchhaltig genommene Löhne — sagt er, daß die amerikanischen Arbeiter jedes Mittel, Schußwelle in bezug auf, ergreifen müssen, um sich zu wehren. Noch einmal unterstreicht er die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den europäischen Arbeitern zur Erhöhung des Lebensstandards in allen Ländern mit niedriger Lebenshaltung. Und er fährt dann fort: „Die europäischen Arbeiter können sich nicht retten, wenn sie nur mit ihren Wägen über den Meeresspiegel hinwegfahren... Sie müssen ihre gewerkschaftliche Aktion fördern, um die Löhne zu erhöhen und damit einen Markt für ihre europäischen Produkte zu schaffen.“ Wall sagt zum Schluß, daß die amerikanischen Arbeiter alle unter den europäischen hergestellten Waren fernzubehalten und die Anlage europäischer Kapital in all seinen Fabriken Europas zu vermeiden suchen werden, die mit Hungerlöhnen arbeiten und ihre Produkte nach Amerika ausführen: „Die amerikanischen und europäischen Arbeiter ziehen hier am gleichen Strick. Ihre Interessen sind genau die gleichen... Es lohnt sich wohl die Schaffung einer Weltorganisation mit einem Generalkab für die ganze Welt.“

Es würde zu weit führen, wollte man alle Argumente aufzählen, die sich den Schlussfolgerungen des ersten Teiles der Betrachtungen Wall entgegenhalten lassen. Man denke nur z. B. daran, daß gerade die mit den höchsten Löhnen geschulte Textilindustrie Neu-Englands (U. S. A.) die schlechtesten Löhne aufweist, daß in den durch Höhe nicht geschützten Industrien die höchsten Löhne gezahlt werden und — nicht zuletzt — daß es in den U. S. A., deren Lohnpolitik übrigens von den freien Gewerkschaften Europas bei jeder Gelegenheit verteidigt und als Beispiel angeführt wird, hochgestellten Beschäftigten zufolge eben trotzdem auch noch Höheres gibt, die verhältnismäßig schlechter sind als in den entsprechenden Industrien Europas. Wie kompliziert und ungeklärt solche Probleme im Spezialfall sind, zeigt sich nicht nur in den U. S. A., sondern auch in Europa. (Man denke nur z. B. an die Schritte englischer Textilgewerkschaften zugunsten von Schutzgönnen). Beim jetzigen Stand der Dinge führen alle Einzelargumente nur zu höchst einseitigen und ungenügenden Kontroversen. Letzten Endes kann bei der jetzigen Lage und beim jetzigen Stand der internationalen Organisation nur eine einzige Schlussfolgerung gezogen werden, die allgemein anerkannt, sicher richtig und der Schlüssel zur sachlichen Behandlung des ganzen Fragenkomplexes ist: Am Anfang steht die auch von Wall unterstrichene Notwendigkeit des lückenlosen internationalen Zusammenstießes. Es muß in erster

Linie ein Kreis geschlossen werden, der alle Arbeiterorganisationen der Welt umfaßt. Erst dann können solche Weltprobleme mit einiger Aussicht auf Erfolg und unter Beachtung letzter wirtschaftlicher Konsequenzen in Angriff genommen werden. Stehen wichtige Länder und Kontinente außerhalb dieses Kreises, so bleibt die Behandlung solcher Fragen allseitig fragmentarisch oder sie wird bei der nächstbesten Verschiebung wieder unvollständig gemacht bzw. auf andere Grundlagen gestellt. Wie ein Kartell nie den Markt regulieren kann, wenn wichtige Produzenten außerhalb seiner Reihen stehen, so wird die Arbeiterschaft nie eine nach einheitlichen Gesichtspunkten orientierte Zoll- und Wirtschaftspolitik oder Ausgleich in der Lebenshaltung bzw. den Lebensansprüchen erzielen können, solange ganze Kontinente außerhalb der internationalen stehen!

Gibt man dies zu, so erhebt sich die Frage, wie es mit der Einstellung zum internationalen Zusammenstieß in den U. S. A. bestellt ist. Auch dieses Problem gehörte in den Betrachtungskreis des amerikanischen Gewerkschaftskongresses. In dem ihm unterbreiteten Bericht wird dem früher hauptsächlich in den Vordergrund gekommenen Hindernisgrund der hohen Beiträge zum erstenmal nicht mehr so große Bedeutung beigemessen, hingegen heißt es, daß, solange die Frage der Autonomie nicht zur vollen Zufriedenheit des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes geregelt ist, die Möglichkeit des Anschlusses der amerikanischen Landeszentrale an den Internationalen Gewerkschaftsbund nicht in Frage kommt. Da das erste Hindernis überwunden ist, ist zu hoffen, daß auch der zweite Stein aus dem Wege geräumt werden kann, um so mehr, als man in Europa von der Notwendigkeit der Autonomie nicht weniger überzeugt ist als in Amerika. Man ist sogar der Ansicht, daß angesichts der zurzeit unumgänglichen strikten Autonomie ein „Welt-Generalkab“ in dem weitesten Sinne von Wall eine Unmöglichkeit ist, mit der man sich auf absehbare Zeit abfinden hat. Auf alle Fälle können Fragen, wie sie von Wall angechnitten werden, nur sachlich besprochen werden, wenn die Autonomie der an solchen Besprechungen beteiligten Bewegungen voll gewährleistet ist. Allen voran geht jedoch, wie bereits gesagt, die organisatorische Einheit. Die von Präsident Green für das nächste Jahr herausgegebene Parole der Verdoppelung der Mitgliederzahl des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes kann nur ihre vollen Früchte tragen, wenn sie von einer entsprechenden Verdoberstellung auf internationalem Gebiete begleitet wird. Denn je mehr sich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung entwickelt und je höher sie den Lebensstandard ihrer Mitglieder zu heben weiß, um so mehr wird die Sicherung des Erreichten von internationaler Zusammenarbeit und internationaler Verständigung abhängig.

werden, daß Bestrafungen wegen Fördern unreiner Kohlen während der Zeit, in der kein Tarifvertrag besteht, vermieden werden.

Schwartz weist darauf hin, daß bei dieser Lohndifferenz die Einkämpfung aller politischen Momente auszuschalten ist und die Arbeiter reiflich hinter der Parole der Gemeinlichkeiten stehen müssen. Er unterbreitet der Bezirksleitung eine Entschließung, welche er zur einstimmigen Annahme empfiehlt.

Die auf diesen Vortrag folgende U s b r a c h e war eine äußerst sachliche. Es kamen alle Diskussionsredner aus allen Geschäftskreisen zu Worte, die sich fast einstimmig hinter die Entschließung der Bezirksleitung stellten. Ein Redner der sogenannten Opposition konnte sich für die Einheit auf der Seite der Bezirksleitung nicht erwidern und forderte in einer Entschließung den sofortigen Streik unter den auf jeder Konferenz erdhobenen Parolen: 6 Fr. Lohnerhöhung, Einführung der Sechsstundenschieft, 12 Tage Urlaub, Stellung von Arbeiterkontrollleuten usw.

Das Mitglied des Saargrubenverbandes, Kamerad A. Schmidt-Dohum, bewies den Vertretern der Opposition die derzeitige Unerschöpfbarkeit dieser Forderungen und ersuchte die Kameraden, sich einheitlich hinter die Parolen der Bezirksleitung zu stellen.

Im Namen des A.G.B. sprach der Vorsitzende desselben, Kamerad D o s i g, den Bergarbeitern die Sympathie der übrigen Arbeiterschaft des Saargebietes aus und wünschte der Bewegung den notwendigen Erfolg.

Zu Schluß wies Kamerad Schwartz noch einmal auf die Notwendigkeit der Abwehrmaßnahmen hin und zerpflückte die Entschließung der Opposition, welcher er empfahl, dieselbe einmal im lothringischen Bergbau, wo die Kommunisten neben den Christen nur in Frage kommen, zu stellen, da die Ausgaben pro Kopf im Saargebiet einschließlich Lohn, Urlaub und sonstigen Beiträgen um 7 Fr. höher sind als in Lothringen, wo man keinen Tarifvertrag, keinen Urlaub und keine 7 1/2-Stundenschieft usw. kennt. Schwartz ersucht, die Entschließung der sogenannten Opposition abzulehnen.

In der Abstimmung erhielt die vorerwähnte kommunistische Entschließung 20 Stimmen, während fast die gesamte Konferenz dagegen stimmt. Nachstehende

Entschließung

wurde dann mit allen gegen 13 Stimmen angenommen:

Die am 1. Januar 1928 im „Vollwachen“ in Sulzbach tagende Bezirkskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bezirk Saarbrücken, lehnt das gegen den Willen der Tariforganisation von der Generaldirektion den Belegschaften durch Anschlag zur Kenntnis gebrachte Lohnbillat aus folgenden Gründen ab:

- 1. Das Ausmaß der Lohnherhöhung entspricht für den weitaus größten Teil der Belegschaft nicht der besten und besten Lebenshaltung, noch der nach dem Lohnabbau im Jahre 1927 erfolgten Steigerung der Leistung. Die schwerarbeitende Berufsgruppe der Saargrubenarbeiter erhebt den berechtigten Anspruch, bei Lohnaufbesserungen nicht schlechter als sonstige Berufsgruppen behandelt zu werden.
- 2. Die Auswirkungen des Lohnbillats für die Gehingearbeiter von 0,07 bis 6,00 und mehr Franz pro Schicht für gleiche Arbeit sind eine Ungerechtigkeit, für kein Bergarbeiter zustimmen kann. Die Bezirkskonferenz weist die Beschuldigung der Generaldirektion, nach der die Gehingearbeiter mit geringen Löhnen dieselben absichtlich durch eigene Schuld verursachen, als unrichtig zurück. Die Schuld trägt die Verwaltung, die in den meisten Fällen kein Verständnis für die Arbeits-schwierigkeiten zeigt. Jeder Beschäftigte, jeder Gehingearbeiter, Schichtführer in der Förderung unter und über Tage oder als Handwerker tätig, hat am ergebnislosen Betrieb und somit auch an der Erhöhung der Leistung seinen Anteil.

Zur Abwehr des Lohnbillats ruft die Bezirkskonferenz die gesamte Saargrubenarbeiterchaft auf Grund der Arbeitsordnung auf, ab 1. Januar keinen Gehingevertrag abzuschließen.

Dort, wo durch Irrtum, Ueberhebung oder Drohung durch Beauftragte des Arbeitgebers ein Gehingevertrag zustande kam, ist er zu annullieren.

Die Bezirkskonferenz beauftragt die Bezirksleitung, weitere ihr geeignet erscheinende gewerkschaftliche Mittel anzuwenden, um das Lohnbillat durch einen Tarifvertrag zu ersetzen. Ein neuer Tarifvertrag ist nur unter Befestigung der außergewöhnlichen Lohnspanne der Gehingearbeiter sowie einer Erhöhung der Gesamtlöhne über das Lohnbillat hinaus abzuschließen.

Die Bezirkskonferenz macht die Belegschaften auf die Folgen eines tariflosen Zustandes aufmerksam und erwartet einmütige Solidarität der gesamten Saargrubenarbeiterchaft.

Die 13 Unentwegten konnten also noch nicht einmal, nachdem ihre Entschließung abgelehnt war, für die Entschließung der gesamten Konferenz stimmen.

Einstimmige Annahme fand nachstehende

Entschließung

der Jugendkommission:

Die am 1. Januar 1928 in Sulzbach tagende Bezirkskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands lehnt in ihrer allgemeinen Ablehnung des Lohnbillats der Bergwerksdirektion besonders auch die viel zu geringe Erhöhung der Löhne der Jugendlichen hervor. Im Interesse der Förderung des bergmännischen Nachwuchses müssen die Löhne der Jugendlichen mindestens im gleichen Ausmaßes der Durchschnittslöhne der Erwachsenen erhöht oder eine Verärgerung der Lehrzeit herbeigeführt werden. Ferner erheben wir erneut die Forderung auf Urlaub für Jugendliche vom 14. Lebensjahre ab.

Mit einem kurzen Hinweis, daß alle Kameraden geschlossen hinter der Organisation stehen, konnte der Konferenzleiter Kamerad M i c h e l y die ruhig verlaufene Konferenz nach 3 1/2stündiger Dauer mit einem Hoch auf den Verband schließen.

Die Saargrubenarbeiterchaft hat wieder einmal gezeigt, daß sie, wenn es gilt, Verschlechterungen abzuwehren, ihren Mann steht. Hoffen wir, daß die Arbeitgeber bei der einmütigen Haltung der Belegschaft, da auch der christliche Gewerbetreibende seine Funktionen ebenfalls auf dem Boden des Abwehrkampfes stehen, eine Änderung des Lohnangebots in dem von den Gewerkschaften erstrebten Sinne vereinbart.

Die Sicherheitsmänner zum Lohnkampf.

Die Bezirksleitung hatte für Freitag, den 21. Dezember, die Sicherheitsmänner der Inspektionen 4, 5, 9 und 11 zu einer Konferenz eingeladen, um zu dem Lohnbillat der Grubenverwaltung und den getroffenen Abwehrmaßnahmen der Organisationsleitung Stellung zu nehmen. Nach einem Bericht des Kameraden Schwart

Aus dem Saargebiet.

Das Lohnbillat vor der Verbands-Konferenz für den Bezirk Saarbrücken.

Mit allen gegen 13 Stimmen für die Bezirksleitung.

Die Bezirksleitung Saarbrücken hatte am 1. Januar zu einer Bezirkskonferenz in das dem Verband gehörende Pils-haus nach Sulzbach eingeladen. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung: „Stellungnahme der Bezirkskonferenz zum Lohnbillat der Grubenverwaltung“. Die Konferenz wurde vom Kameraden M i c h e l y geleitet. Das Referat hatte Kamerad Schwartz. Er führte u. a. folgendes aus:

Die Grubenverwaltung hatte das Bedürfnis, am Fest des Friedens und der Beförderung auch den Bergarbeitern ein Beispiel nachzugeben zu überreichen, und zwar in Gestalt eines Lohnbillats, durch welches die Arbeiter gegenseitig ausgebilltet und die Arbeiterschaft, vertreten durch ihre Organisationen, vom Mitbestimmungsrecht ihrer Lohngestaltung ausgeschaltet werden soll. Diese Tatsache zwingt die Bergarbeiterschaft des Saargebietes, bereits am ersten Tage des Jahres über Abwehrmaßnahmen der Arbeitnehmer zu beschäftigen. Alle Menschen wünschen sich heute Glück zum neuen Jahre. Das Glück für die Bergarbeiterchaft aber liegt allein in ihrer gewerkschaftlichen Stärke, in der Einheit und Disziplin. Nur damit können sie mit Glück im Kampf um Brot und Recht bestehen.

Anknüpfend an die letzte Bezirkskonferenz im August betonte Redner, daß damals ein Streikbeschluß infolge Unnachgiebigkeit der Grubenverwaltung zustande kam und ein Lohnabschluss mit einer Zulage von 200 Fr. zu verzeichnen war.

Die Lage im Saargrubenbau habe sich im zweiten Halbjahr 1928 wenn auch nicht sprunghaft, doch wesentlich gebessert. Die Leistung seit April 1927 sei von 717 Tg. pro Kopf auf 814 Tg. im Oktober 1928 oder um 16 Prozent gestiegen. (Seit Januar 1928 um 10 Prozent.) Die Halbensätze seien von 500 000 Tg. im Januar auf 770 000 Tg. im Oktober zurückgegangen. Die Grubenverwaltung lehnte ihren Abfah nach Schiffschiffen etwas erweitern. Neben dieser günstig entwickelten Lage der Bergbauverwaltung sei die Lernerung 1928 infolge der Stabilisierung des Franz und der dadurch hervorgerufenen teilweisen Angleichung der Bergpreise von 505 Punkten im Januar auf 624 Punkte im November, mit 121 oder 6 Prozent, gestiegen.

Fast sämtliche Berufsgruppen des Saargebietes erhielten im Laufe des Jahres eine Erhöhung des Lohnes. Die Bergarbeitersorganisationen betonen es deshalb als eine Selbstverständlichkeit, auch eine Lohnforderung für die Bergarbeiter einzureichen. Die Grubenverwaltung erklärte sich bereit, die Löhne zu erhöhen, und zwar nach dem Modus wie in Frankreich und Lothringen, wo die Erhöhung 0,50 Fr. für Ueberlage, 0,80 Fr. für Untertagearbeiter und 1—1,50 Fr. für Bauer vorliegt. Diese Erhöhung wurde wegen ihrer geringfügigkeit sowie der besonderen Stillelegung wegen, die vorgezogen war, abgelehnt. Die Stabilisierung bringt nämlich unter den Gehingearbeitern eine außerordentliche Spannung der Löhne. Während der Bergarbeiter, der bisher 2,25 Fr. im Gehalt verdient hat, eine Lohnherhöhung von 7 Centimes oder 3 Prozent erhält, bekommt derjenige, der den tariflichen Durchschnittslohn von 10 Fr. erhält, eine Lohnherhöhung von 1,97 Fr. oder 20 Prozent; derjenige aber, der 15 Fr. verdient, eine solche von 5,54 Fr. oder 37 Prozent. Die Schichtlöhne werden von 1 bis 1,2 Fr. oder um 2 bis 25 Prozent nach dem Vorschlage der Grubenverwaltung erhöht.

Die Organisationen lehnten das gesamte Lohnangebot ab, und zwar ersicht man, weil die Erhöhung allgemein mit 3 Prozent zu gering ist und zweitens wegen der ungleichen Spanne. Die Erhöhung zwischen den Löhnen der einzelnen Gehingearbeiter beträgt

Die Grubenverwaltung beantwortete diese Ablehnung mit der Behauptung des Lohnbillats und dem Anschlag des Lohnbillats auf den Gruben.

Es kommt in der Gewerkschaftsgeschichte nicht oft vor, daß der Arbeitgeber einen Lohnstarb kündigt, um den Arbeitern eine Lohnherhöhung zu geben, welche von den Organisationen abgelehnt wird. Aber der Kampf dreht sich größtenteils um die Forderung der Lohnbillat. Die Gewerkschaften haben andere

annehmbarere Vorschläge unterbreitet, die jedoch von der Grubenverwaltung abgelehnt wurden. Es muß also der Handlung der Administration eine bestimmte Absicht zugrunde liegen, da es ihr doch sonst gleichgültig sein müßte, in welcher Weise die Erhöhung zur Verteilung gelangt. Die Grubenverwaltung hat jedenfalls die Absicht, von einem Tarifvertrag loszukommen, um die Ausbeutung der Saargruben, unbefehret von den Forderungen der Arbeiter, durchzuführen.

Der Tarifvertrag, der einer Mitbestimmung der Arbeiterschaft an ihrer Lohngestaltung gleichkommt, ist eine Errungenschaft der Nachkriegszeit und kann in keiner Weise aufgegeben werden. Die Zeit, in der die Arbeitnehmer, im Saargebiet beim Arbeitgeber die Genehmigung zum Beitritt einzuholen mußten, ist endgültig vorbei; auch in dem zurückgebliebenen Arbeitsrecht in Frankreich haben die Saargrubenarbeiter kein Interesse. Ein tariflicher Zustand liefert die Lohngestaltung der Arbeiter. Der Billat der Beamten und der Grubenverwaltung aus. Die Auffassung der Grubenverwaltung, daß diejenigen Gehingearbeiter, die unter 10 Fr. verdienen, eigene Schuld hätten, ist unwahr, und zeigt, daß die Leute, die solche Behauptungen aufstellen, von der Praxis im Saargrubenbau nichts kennen. Der Arbeiter, der in der Vergangenheit sein Gehing kündigen wollte, wurde sehr oft selbst mit Androhung der Abweisung eingeschüchelt. Es darf der Arbeiter ein Jahr lang den höchsten Lohn verdienen; sobald er schlechte Arbeitsverhältnisse bekommt und unter diesem Lohn bleibt, ist er nach Auffassung der Verwaltung ein minderwertiger Arbeiter geworden. Die Auffassung der Grubenverwaltung, die Tüchtigkeit von einzelnen Bergarbeitern durch die Lohnunterschiede belohnen zu können, ist ebenfalls falsch, da alle Arbeiter, gleich, wo sie arbeiten, an der Leistung und Erziehbildung teilhaben. — Zurzeit wachen sich im Saargebiet wieder Neugegründungen eines separatistischen Saargrubenverbandes, dessen Mitglieder von der Grubenverwaltung durch erhöhte Löhne, bessere Wohnungsverhältnisse usw. begünstigt werden sollen. Wir sind geneigt anzunehmen, daß diese Politik hier schon eine Rolle spielt.

Die Grubenverwaltung hat bei den Verhandlungen erklärt, die Lohnherhöhung ohne Gegenleistung auf Grund der Leistungssteigerung tätigen zu müssen. Tatsächlich aber hat sie ab 1. Jan. die Kohlenpreise im Saargebiet um 2 bis 2,5 Prozent erhöht. Diese Erhöhung bei 40 Prozent des Absatzes kommt einer Einnahme von 10 bis 12 Mill. Fr. gleich. Nach Pressemitteilungen sollen auch die Kohlenpreise in Frankreich erhöht werden. Wenn dieses zutrifft, ist auch die Erhöhungsmöglichkeit für den Absatz nach Frankreich gegeben, so daß die Grubenverwaltung die bisher zugestilligte Lohnherhöhung ohne Beachtung der Leistungssteigerung durch die Kohlenpreiserhöhung decken kann.

Die Organisationen können das Lohnbillat der Grubenverwaltung aus all diesen Gründen nicht ruhig hinnehmen. Nur bei völliger Harmonie der Gewerkschaften könnten wir uns die Löhne in solcher einseitiger Weise vom Arbeitgeber diktiert lassen. Zur Abwehr haben sich die beiden Bergarbeiterorganisationen dahin geeinigt, daß ab 1. Januar jeglicher Gehingevertrag der einzelnen Kameradschaften abzulehnen ist. Die Grubenverwaltung weiß, daß die Gewerkschaften in U m f a n g e können. Dieser Beweis wurde bereits in genügender Weise erbracht. Hat doch selbst der Präsident der Regierungskommission schon 1923 an den Völkerverbund geschrieben, daß die Bergarbeiter über eine starke Organisation verfügen.

Unsere vorgezeichnete Kampfmaßnahme bewegt sich im Rahmen der Arbeitsordnung. In einem Gehingevertrag kann niemand gezwungen werden, denn es ist eine Maßnahme, die auf gegenseitigem Einverständnis beruhen muß. Diese Art Kampf erfordert besondere gewerkschaftliche Disziplin und setzt eine starke gewerkschaftliche Organisation voraus. Wir glauben, daß die Saargrubenarbeiter das Vertrauen, das wir diesbezüglich in sie setzen, erfüllen. Wir fordern sie deshalb auf, die Parole der Gewerkschaften bis zum letzten Arbeiter durchzuführen. Nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung muß dort, wo kein Gehingevertrag zustande kommt, der Mindestlohn gezahlt werden. Wir müssen uns klar werden, daß wir besser einen Moment mit Mindestlohn arbeiten, als das Lohnbillat mit der Ungerechtigkeit der Lohnspanne jahrelang hingenommen. Der Arbeitgeber hofft, daß ein Teil der Arbeiter auf seiner Seite steht und die Parole der Gewerkschaften nicht befolgt. Es ist deshalb Solidarität in der Gewerkschaft der letzten Grundfrage! Es muß darauf geadet

Altenvorrangpreis zu ermöglichen, bei der „Stickerpreis“ sogar noch ein übriges getan und die Neuauflage einer halb-jährigen Probezeit...

Anmeldung und Quarkurt bei den Expeditionen unserer Zeitung, in den drückenden Briefbuchbindungen oder direkt bei der Hauptgeschäftsstelle...

Schluss des redaktionellen Teils.

Vom 9. bis 15. Februar findet dieziehung der Großen Volkslotterie statt. Das bekannte Bombardier Emil Stiller...

22 Jahre Magenleiden!



Herr Johann Bostwick berichtet: Ich bin 57 Jahre alt und schon über 20 Jahre magenleidend wegen jähel. Cure...

kommen, weil das Mittel bei mir schon sehr schwer, alten Magenleiden (Gastric) hervorgerufen worden hat...

beet und an Speisegenuß Kalte gibt. Es wird alles was man isst im Magen lauer, genau so, wie der Käse im Stickerleiter...

GEG Kautabak DIE MARKE DER ORGANISIERTEN VERBRAUCHER billig, schmackhaft und gut...

Ha, ha, ha, la, la, la, la! Ich habe mir selbst einen: Das Buch „Lottieren“...

Was ist Togonal? Togonal-Tabletten sind ein hervorragendes bewährtes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- u. Kopfschmerz...

billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, glatte, gefüllene Bettfedern 40 Stk. 1.95...

Heeresgut-Partiemaren Polyanilin, Anilin, Indigo, etc. etc. etc.

Wir liefern überallhin zu konkurrenzlos billigen Preisen unsere Mandolinen, Lauten, Gitarren, etc.

Reklamepreis nur 4 M.! Wer klug ist, kauft bei Uhren-Klöse!

Unsere Leser Uhren-Klöse, Berlin SW 29, (28) Zossener Str. 8.

Well & Comp., Klingenthal S. Nr. 487 Gr. Katalog m. 600 Abb. Viele Taus. Dankesch.

Feinstes Tafel-Pflaumenmus wahlweise mit und ohne Saft...

Musik-Instrumente Edmund Paulus, Max-Neubirgen 629.

Deutsche bederwarenfabrikation Zentral: Berlin NW 40, Alt-Moabit 130.

Volkswohl-Lotterie 430000 150000 100000 75000 50000

auch Sie! möchten gern gut angezogen sein Zu konkurrenzlosen Bedingungen...

24 Stk. gute Bettfedern Teil-Geld 1.58

Betten aus dichtem Bett-Inlett Oberbett mit 7 Pfund 18.55...

Laublagerei Kerbschnitt und Holzbrand Holzzeuge, etc.

Müssen Sie oft Briefe schreiben? Belleids-, Glückwunsch-, Bitt-, Rund-, Bewerbungs-, Offert- und Mahnschreiben...

Gummi-wafer à hygienischen-sauren Artikel, Preisliste...

BETTEN Federdicht, eichtröt geatrt. Bettkörper, mit 17 Pfund...

Sächsische Bettfedern-Fabrik Paul Hoyer, Dolltzhof 79 Prov. Sachsen, Angersstr. 4.

Schnellere Wundheilung, schnellere Genesung durch Bestrahlung.

Billige böhmische Bettfedern Nur reine gut füllende Sorten.

Sämereien Samsahandlung Fritz Ballhorn Opperde-Schiffstraße...

Alle Gummiwaren und hygienischen Artikel für allen hygienischen Bedarf...

Meine Seele singt! Gedichte von Victor Katinowski 207 Seiten Preis 75 Pfg.

Käse billiger direkt Hall. Art (weiße Rinde) 9 Pfd. 3.60...

100 neue Deli-Salz feinste weiße Salz

9 Pfund geräuchertes Schweinefleisch mit dicker Kruste 5.25

Meine Seele singt! Gedichte von Victor Katinowski 207 Seiten Preis 75 Pfg.

Helmarbeit vergibt F. Hoffner, Breslau Hauptstr.

Bettfedern bedeutend billig zu Fabrikpreisen Ferner prima Bettinlett.

100 neue Deli-Salz feinste weiße Salz

9 Pfund geräuchertes Schweinefleisch mit dicker Kruste 5.25

Meine Seele singt! Gedichte von Victor Katinowski 207 Seiten Preis 75 Pfg.

Helmarbeit vergibt F. Hoffner, Breslau Hauptstr.

Bettfedern bedeutend billig zu Fabrikpreisen Ferner prima Bettinlett.

100 neue Deli-Salz feinste weiße Salz

9 Pfund geräuchertes Schweinefleisch mit dicker Kruste 5.25

Meine Seele singt! Gedichte von Victor Katinowski 207 Seiten Preis 75 Pfg.

Helmarbeit vergibt F. Hoffner, Breslau Hauptstr.

Bettfedern bedeutend billig zu Fabrikpreisen Ferner prima Bettinlett.

100 neue Deli-Salz feinste weiße Salz

ANZUG-PALETTEN-GAMEN Stoffe WEIßES DREIFARBIGES TUCHFABRIK SPREMBERG-L. 35